

Weiterhin Grenzprobleme

Osttimoresische Grenzpolizisten erschossen am 6. Januar 2006 drei Indonesier, die als ehemalige Milizionäre identifiziert wurden, als diese die Grenze überschritten. Premierminister Alkatiri machte das indonesische Militär für den Vorfall verantwortlich, da dieses die Grenze nicht ausreichend kontrolliert hätte. Die osttimoresischen Polizisten hätten in Notwehr gehandelt, da sie angegriffen worden seien. Indonesien und Osttimor bildeten ein gemeinsames Untersuchungsteam, um den Vorfall zu klären.

In einem weiteren Fall wurde eine Osttimoresin aus Oecussi

von indonesischen Militärs vergewaltigt, nachdem sie am 21. Januar 2006 die Grenze nach Indonesien überschritten hatte. Der indonesische Botschafter in Dili erklärte, dass die fünf Beschuldigten hart bestraft würden, sollte ihre Schuld bewiesen werden. Angesichts wiederholter illegaler Grenzüberschreitungen erklärte Indonesiens Außenminister Wirajuda, Indonesien wünsche sich ein traditionelles Grenzmanagement mit Osttimor, das den Grenzbewohnern jederzeit die Überschreitung der Grenze erlaube. Osttimor lehne dies jedoch ab.

vgl. TP 31.1. 9.2.06; STL 17., 21.1.06

UNO bleibt

Auch nach Ablauf des UN-Mandats am 20. Mai 2006 wird die UNO in Osttimor präsent sein. Das UN Office in Timor-Leste (UNOTIL) wird nach Angaben des UN-Generalsekretärs von einer Politischen Mission abgelöst. Als Grund werden unter anderem die 2007 stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen genannt, für die Präsident Gusmao um Unterstützung bat. Darüber hinaus benötigt die Polizei weiterhin

eine fundierte Ausbildung, insbesondere angesichts der Grenzprobleme. Der UN-Sondergesandte für Osttimor, Hasegawa, erklärte zudem, der Friede sei noch brüchig und die Bereiche Justiz und Finanzwesen seien noch nicht ausreichend entwickelt und benötigten daher auch weiterhin internationale Unterstützung. Beispielsweise gibt es zurzeit nur zehn osttimoresische Richter.

vgl. UN News Centre 23.1.; TP 31.1.06

Pressefreiheit gefährdet?

Ein neues Strafgesetz gegen Diffamierung vom 6. Dezember 2005, sorgt für Protest durch Journalisten, NGOs und die UNO. Das Gesetz sieht hohe Strafen gegen Medien vor, selbst wenn die Aussagen wahr sind. Premierminister Mari Alkatiri verteidigte das Gesetz als notwendig zur Stärkung der Verantwortung der Medien.

Alkatiri selbst hat den Präsidenten der Demokratischen Partei Fernando Lasama wegen

Diffamierung verklagt, da dieser behauptete, Alkatiri sei von der australischen Regierung bestochen worden und habe daraufhin das Abkommen über die Ausbeutung des Greater-Sunrise-Gasfeldes durch ConocoPhillips in der Timorsee unterzeichnet. Das benachteiligte Unternehmen klagt zurzeit in den USA gegen ConocoPhillips.

vgl. STL 30.1.06, 1., 7.2.06; Sunday Telegraph 22.1.06

Bericht veröffentlicht

Die Veröffentlichung des bereits im November 2005 fertiggestellten Berichts der Wahrheitskommission (CAVR) über die vom indonesischen Militär begangenen Menschenrechtsverletzungen zwischen 1974 und 1999 wurde aus Rücksichtnahme auf die indonesische Regierung vom osttimoresischen Präsidenten Gusmao hinausgezögert. Er übergab den rund 2.500 Seiten umfassenden Bericht am 20. Januar 2006 der UNO. Dem Bericht zufolge sollen 180.000 Osttimoresen der indonesischen Herrschaft zum Opfer gefallen sein, direkt oder durch den Einsatz von Napalm, Aus Hungerungsstrategien, Folter, Vergiftung und anderem.

Indonesiens Außenminister Wirajuda spielte die Bedeutung des Berichts, der ja nicht von der Regierung in Dili verfasst worden sei, herunter. Verteidigungsminister Sudarsono bestritt die Anschuldigungen, Vizepräsident Kalla bezeichnete die Zahl der Toten als übertrieben. Osttimors Außenminister Ramos Horta bezeichnete die Übergabe an die UNO als reine Formsache und erklärte, die von der CAVR geforderten Reparationszahlungen und ein internationales Tribunal wolle Osttimor nicht einfordern, um die bilateralen Beziehungen nicht zu gefährden. Dennoch wurde der für den 28. Januar geplante Besuch Gusmaos in Jakarta verschoben; die beiden Präsidenten hätten den Bericht jedoch bereits bei einem kurzen Treffen am 25. Dezember 2005 besprochen, lautete es offiziell.

vgl. JP 20., 30.1.06; STL 23.1.06